

Der Gewerkverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine

sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. — Alle Romanheften, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsanng. 25 Pf., Familienanng. 15 Pf., Vereinsanzeigen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Greifswalderstr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

vom

Centralrathe der Deutschen Gewerkvereine

(Hirsch-Lundstr.)

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsleiter Rudolf Klein, N.O., Greifswalderstr. 221/22, eingehenden sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerkvereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 36.

Berlin, 8. September 1905.

Siebentunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Grenzsperre — Fleischnot! Wer trägt die Schuld und wer die Kosten? — Die sächsische Fabrikteninspektion für 1904. — Betriebsunfall, Krankheit oder Naturereignis? — Warum haben die Gewerkvereine Tageszeitungen nötig? — Wochenschau. — Gewerkvereins-Theil. — Verbands-Theil. — Anzeigen-Theil.

Grenzsperre — Fleischnot!

Wer trägt die Schuld und wer die Kosten?

Von allen Fragen, welche gegenwärtig in der Öffentlichkeit besprochen werden, wird keine so erbittert erörtert wie die Fleischnot. Denn eine tiefgehende Entrüstung über die unerschwinglichen Fleischpreise hat nahezu alle Schichten der Bevölkerung ergriffen, insbesondere die Arbeiterschaft, die wegen ihres geringen Einkommens am schwersten unter der Theuerung zu leiden hat. Um den Gefühlen der Empörung Ausdruck zu verleihen und Protest zu erheben gegen die Ausbeutungspolitik hatte der Centralrath zum 30. August eine öffentliche Versammlung in das Verbandshaus zu Berlin einberufen, die außerordentlich stark besucht war und in welcher der Vorsitzende des Centralraths, Kollege Hartmann, einen packenden Vortrag über obiges Thema hielt, den wir hier des allgemeinen Interesses wegen in großen Zügen wiedergeben.

Wie die Deutschen Gewerkvereine zu allen Zeiten und bei jeder Gelegenheit auf dem Platze gewesen sind, wenn es galt, für das Wohl der arbeitenden Klassen einzutreten oder Bestrebungen abzuwehren, welche auf eine Verschlechterung der Lebenshaltung des Volkes gerichtet waren, so müssen sie auch jetzt Stellung nehmen zu der herrschenden Fleischtheuerung, die nicht auf natürliche Ursachen zurückzuführen, sondern künstlich hervorgerufen worden ist. Leicht könnte sie daher auch wieder beseitigt werden, wenn die Regierung gewillt wäre, die Interessen einer kleinen bevorrechtigten Gruppe, der Großgrundbesitzer, dem Wohle des gesammten Volkes unterzuordnen.

Welche Wandlung hat sich doch in der Frage der Ernährung des Volkes in den maßgebenden Kreisen vollzogen! Seiner Zeit, als General Caprivi als Reichskanzler die deutsche Wirtschaftspolitik leitete, da wurde es noch als eine „rettende That“ bezeichnet, daß es ihm gelungen war, Handelsverträge mit den Nachbarstaaten abzuschließen, die ein allzu starkes Anschwellen der Lebensmittelpreise unmöglich machten. Nun, der Mann „ohne Ar und Halm“ mußte gehen, er mußte dem Einflusse der Agrarier weichen, die es verstanden haben, unsere Wirtschaftspolitik in die ihnen genehmen Bahnen zu lenken, die auch heute bestimmen, was die Nahrungsmittel des Volkes kosten sollen und die auch die jegige Fleischtheuerung herbeigeführt haben.

Es ist heute nicht das erste Mal, daß die Gewerkvereine sich gegen eine Fleischtheuerung erheben müssen. Auch im Jahre 1889 schon haben sie sich mit einer Petition um Aufhebung der Viehsperre, Fleisch-, Vieh- und Getreidezölle an den Reichstag gewandt, deren Begründung auch auf die heutigen Verhältnisse in jeder Hinsicht zutrifft. Der Erfolg blieb leider aus. Im Gegentheil, die Vertheuerungspolitik wurde immer weiter getrieben, und am 17. Oktober 1898 finden wir die Gewerkvereine wieder auf dem Platze, um in öffentlicher Versammlung gegen die theuren Fleischpreise zu protestieren. Tropdem traten weitere Preissteigerungen ein, die im Jahre 1902 den Centralrath des Ge-

werkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter zu einer Petition bewogen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse veranlassen zu wollen, daß im Interesse einer gesunden Volksernährung die Grenzsperre für Vieh beseitigt und dadurch die Einführung von Schlachtvieh ermöglicht wird.

Unsere damaligen Bemühungen sind vergeblich gewesen, und heute stehen wir nun in einer Theuerung, wie sie denn doch noch nicht geherrscht hat. Da müssen wir uns die Frage vorlegen: „Woher kommt dies?“ Gewiß hat eine Miskerte an Futtermitteln im vorigen Jahre eine Einschränkung der Viehzucht zur Folge gehabt, denn auch diejenigen Landwirthe, welche für ihren Viehbestand nicht genügend Futtermittel selbst produzieren oder in Folge Miskerte Futtermittel kaufen müssen, haben dieselben wegen unserer verkehrten Zollpolitik theuer zu bezahlen. Durch die eingeschränkte Viehproduktion ist ein Mangel an Schlachtvieh eingetreten, dem aber leicht abgeholfen werden könnte durch Einführung von Schlachtvieh aus dem Auslande. Indessen eine solche Maßregel liegt nicht im Interesse der unsere Wirtschaftspolitik führenden Agrarier, die unter dem jetzigen System sich so bequem die unergründlichen Taschen füllen können, und deshalb müssen eben die Grenzen gesperrt bleiben.

Wie aber begründet man eine solche Politik? Es wird einfach behauptet, daß im Auslande Viehseuchen grassiren und damit eine Ansteckungsgefahr für das „nationale Vieh“ besteht. Das hört sich gerade so an, als wenn im Auslande die Menschen alle Fleisch von krankem Vieh essen müßten, so daß also der Gesundheitsstand daselbst ein äußerst ungünstiger sein müßte. Dabei geniesse beispielsweise in England und Amerika die Arbeiter ein erheblich größeres Fleischquantum als in Deutschland. Wenn trotzdem nach den amtlichen Statistiken daselbst die gesundheitlichen Zustände in der Arbeiterschaft mindestens so gut sind wie bei uns, so kann es mit der Seuchengefahr und der ungeunden Fleischnahrung im Auslande nicht so schlimm sein.

Auch die Regierung beruft sich bei der Vertheidigung ihrer Grenzsperremaßnahmen auf jene angebliche Seuchengefahr. Wertwürdig nur ist, daß sie lediglich so besorgt ist für das nationale Vieh, während sie keinerlei Schritte unternimmt, um die deutschen Arbeiter vor Ansteckung durch die ausländischen Arbeiter zu schützen, die alle möglichen Krankheiten, wie die furchtbare Wurmrkrankheit, bei uns einschleppen. Außerdem dürfte, wenn wirklich eine Verseuchung des einheimischen Viehbestandes durch das ausländische Vieh drohte, überhaupt nichts eingeführt werden. Nun ist aber durch den im März nächsten Jahres in Kraft tretenden neuen Handelsvertrag mit Rußland eine größere Schweineinfuhr vorgezogen. Und einige Grenzorte Oberschlesiens dürfen schon jetzt wöchentlich eine bestimmte Anzahl Schweine zur sofortigen Abschachtung einführen. Freilich genügt diese Menge dem Bedürfnis nicht, und deshalb haben auch die Stadtverwaltungen Oberschlesiens eine lebhaftige Agitation zur Deffnung der Grenzen entfaltet oder doch wenigstens um Erhöhung des Einfuhrkontingents von 1360 auf 2500 Schweine pro Woche petitionirt. Ja, können denn nicht auch durch diese geringen Mengen Seuchen eingeschleppt werden? Und wenn dies nicht der Fall ist, können dann nicht auch durch Anstellung weiterer Beamten größere Mengen Viehes ebenso vorsichtig kontrollirt werden? Angesichts aller dieser Thatfachen muß man die vorgehobenen Gründe für die Sperrung der Grenzen als eitel Schwindel bezeichnen.

Nun behauptet der Bund der Landwirthe, daß eine Einfuhr von Vieh überhaupt nicht nothwendig sei, da die deutsche Landwirtschaft selbst den Markt hinreichend füllen könne. Allzu viel Material scheint jedoch nicht vorhanden zu sein, denn die unter Leitung des bekannten Herrn Ring-Düffel stehende Viehcentrale hat sich selbst genöthigt gesehen, vielfältige Postkarten an die B. ern zu versenden, worin um Mittheilung ersucht wird, wieviel Schweine und zu welchem Preise in nächster Zeit geliefert werden können. Dabei heißt es in einer Resolution der Vertreter ober-schlesischer Magistrate, daß der Versuch der preussischen Viehcentrale, die Fleischnoth in dem ober-schlesischen Industriebezirk durch Zufuhr von Schweinen zu beseitigen, als mißlungen angesehen werden müsse, weil die Zufuhr nicht ausreicht und die Schweine außerdem „vielfach tuberkulös, wässrig und minderwerthig waren“. Also auch das „nationale Schwein“ scheint demnach in gesundheitlicher Beziehung nicht einwandfrei zu sein.

Der Vorrath an Schweinen im Inlande reicht also in Wirklichkeit nicht aus, den Bedarf zu decken, und so sind denn zahllose Petitionen an den Reichskanzler Fürsten Bülow gesandt worden, in denen um Oeffnung der Grenzen gebeten wird. Was aber that Fürst Bülow? Er, der Reichskanzler und preussische Ministerpräsident, versteckte sich hinter den preussischen Landwirtschaftsminister. Dieser hat also anscheinend mehr Macht als sein Chef, Fürst Bülow, sodaß man wirklich ausrufen möchte: „Wo steckt der Bismarck, der den Muth und die Kraft hat, die Minister „Mores“ zu lehren!“

Und was that Herr v. Bobbielski? Er berief für die erste Juliwoche eine Ministerkonferenz nach Rattowitz ein. Aber obgleich diese sich für eine, wenn auch nur vorübergehende Oeffnung der Grenzen ausgesprochen hatte, erließ der Landwirtschaftsminister eine Erklärung an die Regierungspräsidenten, vorläufig Abstand zu nehmen von einer Aenderung der Einfuhr des russischen Schweinekontingents, nachdem die landwirthschaftliche Viehcentrale es übernommen habe, den Schweinebedarf in Oberschlesien zu decken. Ja, Herr v. Bobbielski ist klug und weise, und so festredete er denn auch kürzlich, daß es eine Fleischnoth überhaupt nicht gebe, sondern nur eine Fleischtheuerung, die aber in „wenigen Wochen“ vorüber sein werde. Nun, vier Wochen sind darüber längst vergangen, von einer Besserung ist aber noch nicht das Geringste zu verspüren.

Um aber zu zeigen, wie sehr dem Minister die Noth des Volkes zu Herzen geht, berief er weiter eine Konferenz der Vor-sitzenden der Landwirtschaftskammern ein. Das ist ungefähr dasselbe, als wenn man zum Schutze der Gänse einen Semstwo-kongreß der Fische veranstaltet. Selbstverständlich haben sich auch diese Herren nicht für eine Oeffnung der Grenzen ausgesprochen können.

Auf die Frage: „Wer trägt die Schuld an diesen traurigen Verhältnissen?“ wälzen natürlich die Agrarier und die von ihnen unterhaltene Presse jede Schuld von sich ab. Nach ihren Behauptungen sind es die Händler und vor Allem die Schlächter, welche die Fleischnoth verursacht haben. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Fleischer es jeder Zeit verstanden haben, ihren Vortheil wahrzunehmen, so haben sie diese Fleischtheuerung jedenfalls nicht verschuldet. Im Gegentheil, sie leiden unter dem Nothstande ebenfalls außerordentlich, wie allein die Thatsache beweist, daß zur Zeit in den Berliner Markthallen nicht weniger als 388 Stände für Fleischer leer stehen. Und wenn man öfter einen Spaziergang durch die Arbeiterviertel unternimmt, so kann man beobachten, daß von Tag zu Tag mehr Schlächtermeister ihre Läden schließen, weil die Käufer fehlen, die ihnen auch nur das wenige Fleisch, das sie zu liefern im Stande sind, abnehmen.

Hier liegt also die Ursache nicht, aber ebenso wenig bei den Händlern, denn sonst würde ja die Viehcentrale, wenn auch für höhere Preise, wenigstens Schlachtvieh aufreiben können. Sie ist aber nicht dazu im Stande, so angenehm es ihr vielleicht auch wäre. Uebrigens haben Händler und Schlächter auch durchaus nicht das geringste Interesse an einer solchen Theuerung, da statistisch nachgewiesen ist, daß bei theuren Fleischpreisen ihr Profit kleiner ist, aus dem einfachen Grunde, weil auch der Umsatz bedeutend geringer wird. Die Schuld an der Fleischtheuerung tragen einzig und allein die Agrarier und die völlig unter ihrem Einfluß stehende Regierung. Die Fleischtheuerung ist die Folge des zu geringen Viehbestandes, und dieser wiederum ist zurückzuführen auf die Einschränkung der fremden Zufuhr. Würde die Sperre an den Grenzen aufgehoben werden, so würde sofort der herrschende Nothstand beseitigt sein. Dagegen aber sträubt man sich, um

seine Profitgier befriedigen zu können, und nach der Art der Diebe, die auf der Flucht „Haltet den Dieb!“ rufen, um von sich die Aufmerksamkeit abzulenken, weisen die Agrarier auf Schlächter und Händler und suchen sie für die Fleischtheuerung verantwortlich zu machen. Jedoch das Spiel ist zu durchsichtig, und in Arbeiterkreisen sind die Herren Großgrundbesitzer längst als die Schuldigen erkannt.

Die Kosten aber tragen die Armsten des Volkes, die Arbeiter, und zwar nicht nur die Arbeiter im engeren Sinne des Wortes, sondern auch die Handwerker, Gewerbetreibenden, Beamten. Sie alle werden den Agrariern tributpflichtig gemacht, indem sie die hohen Preise bezahlen müssen, die jetzt von diesen Herren bestimmt werden. Dazu kommt aber noch, daß auch die Staats- der Heeres- und Marineverwaltung, der Gefängnisse u. s. w. durch die höheren Fleischpreise noch mehr belastet werden, und auch an der Auf-bringung dieser Mittel ist die Arbeiterschaft am stärksten bethelligt. Ein eigenthümliches Licht werfen übrigens diese Verhältnisse auf die „Mittelstandspolitik“ der Regierung. Nicht allein, daß dadurch die Angehörigen des Mittelstandes überhaupt in ihrer Lebenshaltung auf das Schwerste benachtheiligt werden, ganze Schichten derselben, wie die Schlächter und Speisewirthe, werden völlig zu Grunde gerichtet, und all' dies nur, um einem kleinen, auch sonst mit Privilegien aller Art ausgestatteten Bruchtheil des Volkes die Möglichkeit zu geben, alle Genüsse des Lebens im Uebermaße genießen zu können.

Zu der Rücksichtslosigkeit, mit der diese Ausbeutungspolitik getrieben wird, gesellt sich aber noch die Frechheit, daß man die Arbeiterschaft mit Hohn und Spott überschüttet. Um zu beweisen, daß nicht die Agrarier die Schuld an der Fleischtheuerung tragen, schreibt ihr Organ, die „Deutsche Tageszeitung“: „Die unmittelbare Veranlassung zu dem ungewöhnlich starken Fleischnoth, namentlich Schweinefleischverbrauch ist jedoch folgende: In erster Reihe ist die Arbeiterfrau keine Hausfrau und hat keine Ahnung vom Kochen. Ja, es giebt Mädchen, die in die Ehe tretend, kaum einen Löffel Kaffee, welches Genußmittel leider eine große Rolle spielt, oder einen Löffel Kartoffeln kochen können. Wurst und immer wieder Wurst: Das ist das Geheimniß und zugleich die Erklärung des starken Schweinefleischkonsums. Hammelfleisch giebt es fast gar nicht mehr, die Nachfrage ist hierfür nur gering. Kalb- und Rindfleisch kommen auch nicht sehr in Betracht, weil eben die des Kochens völlig unkundigen Frauen damit nichts anzufangen wissen. Es ist eben nur das Schweinefleisch, und dieses eben auch nur oder hauptsächlich in der theuersten Form, der Wurst. Ist es doch so bequem, ein Stück Rothwurst, auch Knoblauchwurst in einen Löffel mit Sauerkraut oder Kartoffeln zu thun, und das Mittagsmahl ist fertig. Das sind aber auch noch Ausnahmen, das Ueblichste ist Wurst und — nicht etwa Brod. Wo! Das ist nicht fein. Nein — Semmel muß es sein! Das schmeckt ja so gut und macht gar keine Arbeit. Die Wurst macht der Fleischer, die Semmel backt der Bäcker, und die Suppe, nun, die macht der Brauer. Wer wird sich denn mit dem Kochen einer Suppe plagen, ist doch das Bier ein herrlicher Ersatz dafür und erspart das Kochen.“

Der Kerl, der das geschrieben hat, müßte sich wirklich eine Prämie geben lassen auf seine hervorragenden Kenntnisse der sozialen Verhältnisse der deutschen Arbeiter. Freilich oft hat die Arbeiterfrau keine Zeit, ordentlich zu kochen, weil das zu geringe Einkommen des Mannes sie zum Mitverdiene zwingt oder sie durch die Sorge um das Wohl ihrer Kinder völlig in Anspruch genommen ist. Doch es lohnt sich nicht, auf diese lächerlichen Bemerkungen näher einzugehen. Nur eine Frage set hier aufgeworfen: Wer macht denn den Agrariern ihre Kost zurecht? Sind es nicht die Töchter des Volkes, die als Köchinnen gehen, während die vornehmen Damen keine Ahnung vom Kochen haben?

Noch genug davon! Die Fleischpreise haben eine unerschwingliche Höhe erreicht, und am meisten haben darunter die Arbeiter zu leiden. Sie sind bei ihrer anstrengenden Beschäftigung, wie schon häufig von ärztlichen Autoritäten dargelegt worden ist, unbedingt auf Fleischnahrung angewiesen. Sie werden also durch die ihnen auferlegte Einschränkung in ihrer Widerstandsfähigkeit und Gesundheit beeinträchtigt und werden auch dadurch weniger leistungsfähig. Die deutsche Industrie hat aber leistungsfähige Arbeiter nöthig, wenn sie der Konkurrenz des Auslandes mit Erfolg die Spitze bieten will. So wird also unsere gesammte Volkswirtschaft schwer geschädigt, und was auch nicht außer Acht gelassen werden darf, auch die Wehrkraft des Landes muß leiden. Daher müssen wir entschieden Protest erheben gegen die Bucher-

pollt am l
Effe
Sch
Bes
eine
Zerl
den
hall
hall
fahr
Bef
Ber
die u
trieb
Bahn
mittel
Dr. E
gang e
gefahr
5434
Wurde
Diese
Damp
kehrun
metern
Art, i
zeuge,
Fällen
fallen
hände
die Ja
gebrach
Vorjahr
(gegen
die Be
gemach
Arbeiter
(6,08 p
weiter
Industri
der Arbeit
Zerstück
von d
Vorjahr
(1,85 p
Das u
reichen
bunden
werden
eigenen
Maschin
in der
in der
der Nat
und in
der in
Arbeiter
Verhältn
die hau

Industri
Metallbe
Industri
Zerstück
Papierin
Industri
Bekleidu
Auf
Verhältn
betrug.

politik, die im Deutschen Reich jetzt getrieben wird, und dies kann am besten gesehen durch die Annahme folgender Resolution:

Die vom Centralrat der Deutschen Gewerksvereine einberufene große öffentliche Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die ins Endlose gehende gewaltige Steigerung der Fleischpreise, weil diese Preissteigerung keine natürliche, sondern lediglich eine Folge der von den Regierungen erlassenen Bleib- und Fleischfahrvorbehalte ist.

Diese Verbote bringen es mit sich, daß die große Masse des Volks einer kleinen Minderheit an sich begüterter Leute einen unerschwinglichen Tribut zahlen muß.

Die jetzt thatsächlich bestehende Fleischtheuerung und Fleischnoth bedeutet eine gewaltige Schädigung der arbeitenden Klassen, deren Lebenshaltung dadurch bedeutend herabgedrückt und deren gesundheitliche Verhältnisse, sowie Leistungsfähigkeit in Folge ungenügender Ernährung gefährdet werden.

Die Versammlung fordert daher von der Reichsregierung eine unbefristete Einfuhr von Schlachtvieh, die ohne Gefährdung der sanitären Verhältnisse durch ausreichende Kontrolle sehr wohl möglich ist.

Damit geben wir am deutlichsten der Empörung Ausdruck, die uns beseelt. So wie jetzt darf und kann es nicht weiter getrieben werden. Wieder mit dem künstlichen Nahrungsmittelmacher! Bahnen frei für eine gute, menschenwürdige Ernährung der unbedeutenden Volksklassen!

Dr. E. E. Die sächsische Fabrikeninspektion für 1904.

III.

Wie im vergangenen Jahre hatten die Aufsichtsbeamten eine ganz erhebliche Zahl von Anordnungen zum Schutze von Unfallgefahren zu erlassen. Sie betrug im Regierungsbezirk Chemnitz 5434 (gegen 4724 im Vorjahre), im Bezirke Plauen 1529, Leipzig 1127, Borna 733, Zwickau 679, Bautzen 606, Aue 552 und Döbeln 529. Diese Anordnungen betrafen z. B. im Chemnitzer Bezirke in 352 Fällen Dampfessel, Dampfleitungen, Dampfboiler bzw. Sicherheitsvorrichtungen an Wasserstandsgläsern, Sicherheitsventilen und Manometern, in 240 Fällen Motore, in 815 Fällen Transmissionen aller Art, in 260 Fällen Fahrstühle, Aufzüge, Krane und andere Hebezeuge, in 1376 Fällen sonstige Hilfsmaschinen aller Art, in 887 Fällen Treppen, Gallerien, Vertiefungen, in 104 Fällen das Herabfallen von Gegenständen, endlich in 1138 Fällen verschiedene Gegenstände und Vorgänge, einschließlich des Transports von Lasten u. s. w.

Entsprechend der erheblichen Zahl der Anordnungen wuchs auch die Zahl der der Gewerbeinspektion im Berichtsjahre zur Anzeige gebrachten Unfälle. Sie belief sich auf 15 081 (gegen 14 353 im Vorjahre). Davon entfielen auf den Aufsichtsbezirk Dresden 4317 (gegen 3027 im Vorjahre), Leipzig 2986 (2935) und Chemnitz 2408.

Nur in einigen Berichten werden kurze statistische Angaben über die Beteiligung der verschiedenen Industriezweige bei diesen Unfällen gemacht. Aus Bautzen wird darüber berichtet: Im Verhältnisse zur Arbeiterzahl ergibt sich im Berichtsjahre die höchste Unfallziffer (6,08 pCt.) für die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, in zweiter Linie kommen der Maschinenbau mit 5,42 pCt. und die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 5,38 pCt. Die Industrie der Steine und Erden hat eine Unfallziffer von 3,81 pCt. und die Textilindustrie eine solche von 0,81 pCt. Durchschnittlich verunglückten von dem Gesamtarbeiterstand 2,70 pCt. gegen 2,51 pCt. im Vorjahre. Eine auffällige Steigerung in der Unfallgefahr (1,85 pCt.) zeigt die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel.

Das ungünstige Ergebnis ist namentlich auf die verhältnismäßig zahlreichen Unfälle im Brauereigewerbe und einer mit Brennerei verbundenen Spiritfabrik zurückzuführen. Im Chemnitzer Bericht werden Prozentziffern gar nicht gegeben, nur berichtet, daß sich ereigneten von den oben erwähnten Unfällen in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate 1128 (gegen 1123 im Vorjahre), in der Textilindustrie 548 (498), bei der Metallverarbeitung 288 (304), in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 103 (112), in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel 87 (77), in der Papierindustrie 75 (89), und in der Industrie der Steine und Erden 64 (83). Auf je 1000 der in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten Arbeiter kamen im Berichtsjahre 21,6 Unfälle, während sich diese Verhältniszahl im Vorjahre zu 22,0 ergab. Im Bezirke Aue ergaben die hauptsächlichsten Industriezweige folgende Verhältniszahlen:

Bezeichnung der Industrie	Zahl der Unfälle auf 1000 Arbeiter		
	1904	1903	1902
Industrie der Steine und Erden . . .	28,3	18,2	19,8
Metallverarbeitung	26,1	17,8	16,1
Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate	14,6	10,8	12,0
Textilindustrie	3,8	3,1	4,3
Papierindustrie	32,6	34,8	34,7
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	17,6	15,1	20,6
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	5,5	5,0	2,5

Auf 1000 Arbeiter bezogen, ergibt dies für das Jahr 1904 die Verhältniszahl 13,6, während dieselbe für das Jahr 1903 nur 10,9 betrug. Endlich im Zwickauer Aufsichtsbezirke vertheilen sich die

Unfälle: 39,3 pCt. auf die Walz- und Hammerwerke, 31,0 pCt. auf die Textilindustrie und 13,3 pCt. auf die Industrie der Maschinen, Werkzeuge u. s. w.

Die Art und Weise, wie die Arbeitgeber die Anordnungen der Aufsichtsbeamten zur Beseitigung der Unfallgefahren zu erfüllen suchen, wird im Chemnitzer Bericht wie folgt charakterisiert: Die Unternehmer entsprechen zwar im Allgemeinen den bei der Revision gezogenen Erinnerungen, sie erkennen aber auch des Ofteren die Nothwendigkeit von Aenderungen oder Verbesserungen von Vorkehrungen verschiedener Art, welche in Rücksicht auf die Unfallgefahr, sowie hinsichtlich der gesundheitlichen und sittlichen Verhältnisse seitens der Inspektionsbeamten für geboten erachtet werden, nicht an oder wollen dieselben nicht zugeben und berufen sich bei Nichtbefolgung von Anordnungen auf das Nichtbekanntsein zweckmäßiger Einrichtungen, die Unmöglichkeit der Ausführung, die Gleichgiltigkeit oder den Widerstand der Arbeiter und auf dergleichen mehr. Mit den immerhin schablonenhaften gesetzlichen Vorschriften ist aus diesen Gründen in vielen Fällen . . . nicht auszukommen, und der Beamte sieht sich daher häufig genöthigt, bei seiner beaufsichtigenden Thätigkeit praktische Verbesserungsorschläge zu machen, um den gewünschten Erfolg zu erzielen. Hierbei bedarf es freilich besonderer Vorsicht und manche Fälle erfordern viel Takt und große Sachkenntnis." (S. 78/79.) Und aus Annaberg wird geschrieben: Die Inspektionsbeamten haben auch im Berichtsjahre — wie bereits früher — des Ofteren die Beobachtung gemacht, daß beschaffte Schutzvorrichtungen beseitigt oder unwirksam gemacht waren, oder daß sie überhaupt nicht genügten. Der Berichterstatter hat zuweilen wahrgenommen, daß an Kreisbögen zum Langschneiden der Spaltteil von dem Sägeblatt zu weit entfernt war oder die Schutzhaube nicht, wie dies leicht möglich gewesen wäre, in der gehörigen Weise benutzt wurde. In Holzschleifereien hat derselbe ferner bemerkt, daß an Kreisbögen zum Querschneiden das Sägeblatt beim Schneiden von der Schutzhaube nicht vollständig, sondern nur am hinteren Theile bedeckt war, obgleich sich in dieser Hinsicht ein vollkommener Schutz ohne wesentliche Kosten leicht bewirken läßt. Häufig scheuen auch Unternehmer, welche sich in besseren Verhältnissen befinden, die Kosten zur Beschaffung zweckmäßiger Schutzvorrichtungen, während andererseits viele Arbeiter von ihrer bisherigen Gewohnheit, selbst auf die Gefahr hin, sich Verletzungen zuzuziehen, schwer abzubringen sind. (S. 132/133.)

Um die Arbeiterschaft zu größerer Vorsicht beim Maschinenbetrieb zu erziehen, sind, wie aus Plauen gemeldet wird, sogenannte Meisterblätter eingeführt. In diesen Blättern müssen zunächst die Meister erklären, daß sie besonders vorsichtig sein und die Arbeiter zur Vorsicht ermahnen wollen. Die Meister haben jedem neu eintretenden Arbeiter eingehend die Gefahren, die ihm drohen können, zu erläutern und auf die gefährlichen Theile der betreffenden Maschine besonders aufmerksam zu machen. Der Arbeiter hat alsdann dem Meister zu bescheinigen, daß dies geschehen ist, und er bestrebt sein will, die Lehren zu befolgen. Wird ein Arbeiter später an eine andere Maschine gestellt, so wiederholt sich dies Verfahren. (S. 354.) Da sich die Einrichtung gut zu bewähren scheint, verdient sie jedenfalls Beachtung und Nachahmung auch in anderen gefährlichen Maschinenbetrieben.

Was nun die gesundheitsgefährlichen Einflüsse, die Erkrankungen der Arbeiter in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben betrifft, so sind im Baugener Aufsichtsbezirk Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der keramischen Industrie angestellt worden, die zu folgenden Ergebnissen geführt haben: In den 9 Ziegeleien mit Motorbetrieb und Schamottefabriken, 42 Ziegeleien und Thonröhrenfabriken und 1 Porzellanfabrik, in denen 1471 männliche und 308 weibliche Arbeiter beschäftigt waren, ist an Bleivergiftung nur eine Arbeiterin erkrankt. In den 4 Jahren 1900 bis 1903 haben durchschnittlich 1,95 pCt. der Arbeiter an Krankheiten der Athmungsorgane, davon 0,25 pCt. an Lungentuberkulose gelitten.

In der Porzellanfabrik lagen die Verhältnisse insofern ungünstiger, als die durchschnittliche Erkrankungsziffer 2,22 pCt. betrug, wobei allerdings kein Fall von Lungentuberkulose vorlag. Am meisten der Staubgefahr ausgesetzt sind die an den Kollergängen und Mühlen beschäftigten Arbeiter in der Porzellanfabrik und in den Schamottefabriken.

Im Bezirke der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend sind im Berichtsjahre 371 Erkrankungen von Arbeitern an Bleivergiftungen vorgekommen, von denen jedoch keine den Tod der Erkrankten herbeigeführt hat. Davon entfielen 75 auf die Maler und Lackierer, 130 auf die Schriftsetzer, 58 auf die Schriftgießer, 9 auf die Notenschreiber, 11 auf die Klempner, 60 auf Arbeiter, die in Buchdruckereien, galvano-plastischen Anstalten, Maßstabfabriken, sowie in Bleirohr- und Walzbleibetrieben beschäftigt sind, und 28 auf Arbeiter in sonstigen Industriezweigen. Als das bedenklichste gewerbliche Gift, schreibt der Aufsichtsbeamte aus Zwickau, hat sich im Berichtsjahre wieder das Blei erwiesen. In der im Bezirke befindlichen Bleizucker- und Bleifarbenfabrik kamen 49 Bleierkrankungen (gegen 32 im Vorjahre) vor. Am Jahreschluss waren 6 Erkrankte noch nicht genesen. Von diesen war einer 109 und ein anderer 117 Tage krank. Die übrigen 43 Erkrankungen hatten eine Dauer von 3 bis 33

Lagen. Die Summe der Krankentage betrug 563, sodaß auf einen Erkrankungsfall im Durchschnitt 13 Krankentage kommen. Da eine ausreichende Bekämpfung der mit der Bleiweißfabrikation verbundenen Gesundheitsgefahren durch Vorsichtsmaßregeln und Schutzvorschriften kaum möglich zu sein scheint, bleibe deshalb das gänzliche Verbot der Herstellung von Bleiweiß ein erstrebenswertes Ziel.

Was nun endlich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter anbetrifft, so äußern sich die meisten Aufsichtsbeamten nur sehr kurz darüber. „Die allgemeine wirtschaftliche Lage der Arbeiter“, heißt es aus Chemnitz, „hat gegenüber den Verhältnissen am Schlusse des Vorjahres eine wesentliche Aenderung nicht erfahren. . . Die Löhne haben im Allgemeinen die gleiche Höhe behalten“. (S. 144.) Und aus dem Freiburger Bezirk wird berichtet: „Die in den vergangenen Jahren in Folge des geschäftlichen Niedergangs theilweise notwendig gewordenen Lohnherabsetzungen, sind, soweit ermittelt werden konnte, wieder ausgeglichen worden, so daß die Löhne soweit Lohnhöhungen nicht stattgefunden haben, durchweg die frühere Höhe wieder erreicht haben“. (S. 223.) Der Wäuerer Bericht äußert sich dahin, daß in den meisten Industriezweigen sich die Löhne auf der früheren Höhe erhalten haben dürften, nur in der Schiffschifferei sei über ein Sinken der Arbeitslöhne geklagt worden. (S. 364.) Eine ausführliche Darstellung der geschäftlichen Lage wird nur in dem Berichte des Bezirkes Wauen gegeben, auf den hier nur verwiesen werden kann. Endlich spricht sich Gewerberath Haacke-Leipzig allein ausführlicher aus über die im Berichtsjahre „von den Arbeiterverbänden bei Abschluß oder Erneuerung von Lohnverträgen vereinbarten, sowie durch Ausstände erzwungenen Lohn-erhöhungen“, wodurch im Allgemeinen eine Aufbesserung des Verdienstes bewirkt worden sei. (S. 289.)

Betriebsunfall, Krankheit oder Naturereignis?

Nach der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts.

Von Hans Seelmann,
Relevirender Magistrats-Kommissar für die Invaliden-Versicherung
zu Königsberg i. Pr.

III.

Zur Annahme eines Betriebsunfalles gelangte das Reichs-Versicherungsamt auch in folgendem eigenartigen Falle. Ein Gruben-direktor hatte bei einem Wasserdurchbruch in der von ihm geleiteten Grube persönlich die schwierigen und nicht ungefährlichen Rettungsarbeiten in der Grube geleitet und hierbei viele Stunden bis zur Brusthöhe im Wasser stehend zubringen müssen. In Folge der mit diesem Verhalten verknüpften Gemüthsregung und einer durch den Temperaturwechsel bei der Ausfahrt hervorgerufenen Erkältung verschlimmerte sich ein bis dahin ungefährliches Herzleiden des Grubendirektors derart, daß er einige Monate später daran starb. In den Urkunden des Schiedsgerichtsurtheils, welches vom Reichs-Versicherungsamt bestätigt wurde, finden sich folgende Ausführungen von allgemeinem Interesse:

„Unter einem „Unfalle bei dem Betriebe“ ist die Einwirkung eines äußeren Zuthates auf einen Menschen zu verstehen, welcher von dem Betroffenen, ohne von diesem gewollt zu sein, eine Störung der körperlichen oder geistigen Gesundheit nach sich zieht und auf ein zeitlich bestimmtes, in einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingeschlossenes Ereignis bei der Betriebsfähigkeit ursächlich zurückzuführen ist. Hierbei fordert das Gesetz nicht, daß die eingetretene Gesundheitsstörung eine unmittelbare Folge der schädigenden Einwirkung, und ebensowenig, daß der Betrieb die alleinige Ursache des Todes oder der Erkrankung gewesen sein müsse. Ein ursächlicher Zusammenhang der Körperverletzung oder des Todes mit dem Betriebe ist vielmehr auch in denjenigen Fällen anzunehmen, in welchen eine äußere, bei der Betriebsfähigkeit wirksam gewordene schädigende Einwirkung auf den Körper des Betroffenen zu einer Verschlimmerung eines bereits bestehenden oder in der Anlage vorhandenen Leidens beigetragen hat. Denn, da der Gesetzgeber das Objekt seiner Fürsorge in jedem Momente seiner Beschäftigung ohne Rücksicht auf die vielleicht von der normalen abweichenden Körperbeschaffenheit und das durch die etwa vorhandene krankhafte Veranlagung gegebene Risiko gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert sein läßt, so hat er also auch den Versicherten in vollem Umfange und in dem Körperzustande, wie er gerade von dem Betriebsunfall betroffen wird, versorgt wissen wollen. Unwesentlich ist ferner auch die Art und Weise, in welcher sich die Einwirkung des schädigenden Betriebsereignisses auf den Körper des Betroffenen vollzieht, ja es bedarf sogar der sofortigen äußerlichen Erkennbarkeit der Folgen der Schädigung nicht, da selbst rein psychische Einwirkungen, wie Aufregung oder Schrecken, den Begriff des Betriebsunfalles erfüllen können, und es genügt, wenn eine erst später hervorgetretene Störung des normalen Gesundheitszustandes ursächlich auf die Einwirkung eines mit der Betriebsfähigkeit zusammenhängenden, zeitlich hinreichend begrenzten Ereignisses mit Sicherheit oder doch mit einer dem vollem Nachweise sich nähernden Wahrscheinlichkeit zurückgeführt werden kann“. . . . Es kommt mithin bei der Beurteilung des Entschädigungsanspruches der Hinterbliebenen im Wesentlichen auf die Feststellung an, ob das Grubenunglück in dem vorhin dargelegten Sinne die schon eingangs erwähnte Bedingung für das Vorliegen eines Betriebsunfalles erfüllt, nach welcher die dem Versicherten zugefügte Schädigung der Gesundheit auf „ein zeitlich bestimmtes, in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingeschlossenes Ereignis“ zurückzuführen sein muß. Das Kriterium der Möglichkeit der schädigenden Einwirkung, dessen Abwesenheit die Berufsgenossenschaft in Beziehung auf den vorliegenden Fall behauptet, dient bei der Feststellung des Begriffes des Betriebsunfalles vorzugsweise zur Herabsetzung des praktisch wichtigen Gegenfasses, durch welche die akute Einwirkung (der Unfall) bezw. Betriebsunfall der chronischen

Einwirkung (Gewerbetranthelt) und ferner denjenigen Schädigungen gegenübergestellt wird, die als Endergebnis des dauernden Einflusses ungewohnter Betriebsstätten einzutreten pflegen. Von einer Gewerbetrantheit, also einer Gesundheitsstörung, bei welcher die Art der regelmäßigen Beschäftigung über die der Gesundheit allgemein nachtheilige Betriebsweise durch ihre langdauernde Wirkung auf den menschlichen Körper eine allgemeine Affektion desselben hervorbringt, kann in Bezug auf das Herbeibringen des Verstorbenen offenbar nicht die Rede sein. Einmal wird nicht behauptet werden können, daß der Betrieb eines Kohlenbergwerks für die darin dauernd beschäftigten Personen mit einer besonderen Gefahr der Herzerkrankung verknüpft sei. Damit kommt ohne Weiteres schon das wesentlichste Kriterium der Gewerbetrantheit in Wegfall. Ueberdies aber vollzog sich gerade die regelmäßige Betriebsfähigkeit des Verstorbenen ihrer Natur nach im Wesentlichen außerhalb des eigentlichen Grubengebäudes. Seine Stellung als technischer Leiter des Bergwerks brachte weder einen regelmäßigen, noch auch einen andauernden, sondern immer nur einen vorübergehenden Aufenthalt im Innern der Grube mit sich, so daß er im gewöhnlichen Verlaufe seiner Beschäftigung den Schädlichkeiten des eigentlichen Bergwerkbetriebes überhaupt nicht oder in ganz geringem Maße ausgesetzt war.

Erst durch ein begrenztes, in einem bestimmten und verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingeschlossenes Ereignis — den Wasserdurchbruch — wurde der Verstorbenen in die Nothwendigkeit versetzt, in für ihn ungewohnter Weise in der Grube persönlich thätig zu sein und die in diesem Falle abnorm gesteigerten Schädlichkeiten auf sich einwirken zu lassen. Allerdings ist der durch den Wasserdurchbruch geschaffene äußere Zuthatbestand nicht der Unfall selbst, und ebenso würde es begrifflich und logisch unrichtig sein, wenn man die durch jenen einwirkenden Zuthatbestand geschaffene Körperbeschädigung als solche mit dem Begriff des Unfalls im gesetzlichen Sinne identifizieren wollte. Nicht der äußere Zuthatbestand, welcher auf den Menschen körperlich einwirkt, aber auch nicht die Körperbeschädigung oder der Tod, welche durch die Einwirkung verursacht werden, sondern das Ereignis der Einwirkung selbst muß als der Unfall aufgefaßt werden. Nicht der Wasserdurchbruch an sich, welcher ja auch, soweit bekannt, für alle übrigen Beteiligten schädliche Folgen nicht gehabt hat, ist als Unfall anzusehen, vielmehr liegt der Unfall darin, daß die durch den Wasserdurchbruch geschaffenen äußeren Umstände im konkreten Falle eine schädigende Einwirkung auf den Körper des Verstorbenen ausgeübt haben. Aber auch bezüglich des Verhältnisses der schädigenden Einwirkung zu ihren Folgen ist eine gleich strenge Sonderung der Begriffe in Rücksicht auf die logische Wirkung der Sachlage geboten. Die erst später erkennbar gewordenen pathologisch-anatomischen Veränderungen des Herzens, die ganze Reihe der durch sie bedingten, sich in feststellbarem Kausalzusammenhange an sie anschließenden Krankheits Symptome und endlich der Tod selbst fallen nicht mehr unter den Begriff des Unfalls, sondern sind von diesem isolirt als Folgen des Unfalls aufzufassen.

Zür den hier allein noch interessirenden Nachweis des Betriebsunfalles selbst aber ist die Klarstellung der zeitlichen Beziehung der schädigenden Einwirkung auf entscheidender Wichtigkeit.

Das Gesetz bietet für eine genaue Begrenzung des Zeitraumes, innerhalb dessen die schädigende Einwirkung auf den Körper, sofern sie als Betriebsunfall gelten soll, vollzogen, d. h. entstanden oder beendet sein muß, keinen Anhalt, wie es ja auch in Bezug auf die Feststellung des kausalen Zusammenhanges zwischen Unfall und Betrieb bestimmte Normen vermissen läßt, nach welchen in einheitlicher Weise eine Bedingung des Erfolges unter allen anderen in der Kausalreihe liegenden Bedingungen herausgehoben und als „Ursache“ (im Rechtssinne) bezeichnet werden konnte. Die genaue Feststellung des Kausalbegriffes scheidet eben an der Unmöglichkeit, objektive Kriterien für eine entscheidende Norm zu gewinnen, da offenbar die Heraushebung einer Bedingung des Erfolges unter den übrigen ihren Grund nicht in der Sache selbst, sondern in dem Standpunkt und Interesse hat, von dem der das kausale Verhältnis Betrachtende ausgeht. Das Gleiche trifft auch für die zeitliche Eigenschaft des Unfallbegriffes zu. Jede scharf begrenzte Festlegung des Unfallbegriffes nach der zeitlichen Seite hin muß nothwendig eine willkürliche bleiben, denn auch hier könnten die Gründe für eine normale Zeitbegrenzung nicht aus der Sache selbst oder aus inneren Nothwendigkeiten hergeleitet, sondern lediglich aus dem äußeren praktischen Bedürfnisse der Verwaltung und Rechtsprechung entnommen werden. Wenn man sich in der Rechtsprechung gewöhnt hat als Bedingung für die Anerkennung des Betriebsunfalles den Nachweis zu fordern, daß die schädigende Einwirkung auf den Körper des Betroffenen ein in einem „verhältnismäßig kurzen“ Zeitraum eingeschlossenes Ereignis zurückzuführen sein müsse, so kann in diesem Nothbehelf nur eine annähernde, nicht aber eine faktische und radikale Lösung der Schwierigkeiten gefunden werden. Wenigstens bietet diese Begriffsbestimmung keinen Maßstab dar, der auf alle vorkommenden Fälle eine gleichmäßige und zweifelsfreie Anwendung finden könnte. Hierzu würde es vorher einer genaueren Kennzeichnung dessen bedürfen, was nun unter einem „verhältnismäßig kurzen Zeitraum“ verstanden werden soll. Da nun eine genaue Definition dieses Begriffes, wie vorhin dargelegt, willkürlich sein würde und auch aus anderen Gründen nicht angängig erscheint, so wird in jedem konkreten Falle nach den vorhandenen Umständen geprüft werden müssen, ob die schädigende Einwirkung des äußeren Zuthates auch den Körper in einem als für sich genügend abgegrenzt erkennbaren Zeitraum vollendet gewesen ist. Es wird daher ein Unfall in denjenigen Fällen als vorliegend anzunehmen sein, in welchen sich eine — entweder sofort hervorgetretene oder erst später, jedoch in nachweisbarem kausalem Zusammenhange mit jenem zeitlich begrenzten Ereignisse erkennbar gewordene — Störung der Gesundheit als eine nicht gewöhnliche Folge der Betriebsfähigkeit darstellt. Die Berufsgenossenschaft geht demnach zu weit, wenn sie die Möglichkeit der Einwirkung im Sinne des Momentanen zur Bedingung für die Anerkennung des Betriebsunfalles gemacht wissen will. Folgt man ihr aber auch auf diesen Boden, so ergibt sich bei näherer Betrachtung, daß auch in dieser Richtung keine Umstände vorliegen, welche zu einer Abweitung des klägerischen Anspruchs führen könnten. Denn schon die Feststellung, daß die Einwirkung plötzlich — zu irgend einem bestimmten Zeitpunkte (quodam, nicht certo momento) — vollzogen, d. h. entstanden und beendet gewesen sein muß, genügt, um einen Unfall zu konstatieren, während die genaue Kenntniß, wann dieser Moment gewesen ist, für den Richter nach dieser Richtung hin jedenfalls ohne Bedeutung bleibt. So wird man beispielsweise einen Bergmann, der bei einer längere Zeit andauernden Schichtarbeit einen Trommelstich und

Wochenchau.

Berlin, 5. September 1905.

damit eine Gehörförderung erlitten hat, die gefühlige Fürsorge auch dann nicht versagen dürfen, wenn es an einem genauen Nachweise dafür fehlt, welcher einzelne der abgegebenen Sprengschüsse die Ursache jener Gesundheitsstörung gewesen und zu welchem Zeitpunkte sie eingetreten ist, sondern es muß die Feststellung ausreichen, daß überhaupt eine akute Einwirkung der Schallwellen die erwähnte Störung der Körperintegrität bewirkt hat (N. R. 1895, S. 151, Z. 1392)*.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Magdeburg geht uns folgende Zuschrift zu: Warum haben die Gewerkvereine Tageszeitungen nötig?

Der Ortsverband der Deutschen Gewerkvereine, S.-O., zu Magdeburg und Umgegend hat nach eingehenden Beratungen den Entschluß gefaßt, eine den örtlichen Verhältnissen angepaßte, unseren Gewerkevereinsstandpunkt vertretende Tageszeitung zu schaffen. Die Zeitungen aller Schattierungen bekämpfen uns bis aufs Messer, geben uns aber niemals Gelegenheit zur Verteidigung. Denn wenn sie wirklich doch einmal die Güte besitzen, einen Artikel von uns aufzunehmen, so kürzen und doktern sie daran soviel herum, daß selbst der Verfasser ihn nicht wieder erkennt. Und das nennt man unparteiisch oder demokratisch! Der Preis in dieser Hinsicht gebührt aber der sogenannten Arbeiterpresse, welche jeder Zeit Gift und Galle in die Massen der Arbeiter speit und die Arbeiter auf einander scharf macht, welche alles, was ein Anderer vollbringt, in schärfster, gehässigster Tone kritisiert, aber dieselben Leistungen der eigenen Anhänger in den Himmel erhebt. Ja, Bauer, das ist auch ganz etwas anderes.

Betrachte man nur das Spinnengewebe von Verdrehungen und Verleumdungen über die Deutschen Gewerkvereine! Jede Kleinigkeit wird da aufgebauscht zum größten Schaden der Arbeiter, dagegen die großen Fehler ihrer eigenen Gefolgschaft werden todgeschwiegen oder Anderen, wenn es geht, den Gewerkvereinern angelastet. Ich erinnere nur an den „wahrheitsgetreuen“ Artikel aus „Schönebeck“: „Hirsch-Dunder'sche Werbeapostel bei der Arbeit“, wo nachher einfach erklärt wurde, den hat ein junger Mann gedichtet — nicht doch — geschrieben; von so einem jungen Manne aber läßt sich die ganze Arbeiterschaft beschwindeln, nur um die Gewerkvereine herunterzujucken. Denn weiter hat es doch keinen Zweck. Die Schauermär aus Weisensels wird ferner groß geschrieben, aber für ihre eigenen Heldenthaten aus Luttlingen u. i. w. sind keine Buchstaben im Separatst. Der erbärmliche Ausgang der Metallarbeiterbewegung in Bayern, die kuriose Tarifbewegung in Wülheim a. Rhein, die zielbewußte Hinterlist in Solingen, der Volksottbruch beim Gewerkschaftskongreß in Köln, alles dies wird klein, sehr klein geschrieben, als unumgänglich notwendig, als großer moralischer Sieg u. i. w. hingestellt. Ein treffendes Beispiel geschah im Jahre 1905. Zwei Gewerkvereiner und zwei Verbändler standen wegen Streikpostenstreiks während der Bewegung bei Garrett, Smith & Cie. vor Gericht. Unsere Kollegen hatten Rechtsschutz erhalten, die beiden Verbändler, nach Beschluß der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Leipzig 1905, einen Armenschein. In dem Berichte in der „Volksstimme“ wurde nun immer vom Vertreter der Arbeiter gesprochen, aber man vergaß wohlweislich den Armenschein zu erwähnen. Na, das ist ja erklärlich. Aber das sollten wir einmal thun! Nicht zu vergessen sind die gewaltigen Massenmord-Artikel vom Faschingsberg. Das alles dient wohl zum Vortheil der Drei-Millionen-Firma, aber die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft wird dadurch nicht gebessert.

Kollegen, das kann, soll und muß anders werden. Denn, wer eine Zeitung unterstützt, welche unsere Interessen vernachlässigt oder gar schädigt, liefert jenen die Munition zum Kampfe gegen uns. Das darf aber auf keinen Fall so weiter gehen!

Nun, Kollegen, es liegt in Eurer Hand, daß dies anders wird. Mache es sich ein Jeder zur heiligsten Pflicht, eifrig für den Preßfonds einzutreten, um auf die höhnische Annahmung der Verwaltung Magdeburg des Metallarbeiterverbandes, eine Anleihe bei ihrer Lokalkasse zu machen, die gebührende Antwort geben zu können. Denn, ein wenig Opferwilligkeit müßte ein Jeder zeigen für eine so notwendige, dringende Sache. Es wird so mancher Großen, manche Markt zweiflos ausgegeben. Wenn nun ein Jeder nach seinem Können zum Preßfonds sein Scherlein beiträgt, wenn Jeder in dem Gedanken: „Viele Wenig machen ein Viel, aber führen zum Ziel“, seine Schuldigkeit in dieser Beziehung thut, zum Wohle und Gedeihen unserer Organisation, so ist es ein Leichtes, die oben geschilderten Priester für Wahrheit und Recht aus unseren Häusern zu verjagen, ihnen den Großmachtsittel auszutreiben und — was der Kern der Sache ist — uns eine Waffe zu schaffen, welche jede Anpöbelung prompt zurückweist, unsere Interessen Tag für Tag wirksam vertritt und Aufklärung und Bildung in die Massen trägt. Denn wer uns nicht als gleichberechtigt anerkennt, wer uns nicht achtet, der ist auch nicht werth, auch nur einen Fennig von uns zu bekommen.

Also, vorwärts, Kollegen! Tretet Mann für Mann rüstig an, damit das begonnene Werk so bald wie möglich vollendet wird zum Segen der Gewerkvereine, zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft.

Die vom Centralrath auf vergangenen Mittwoch nach dem Verbandskaufe einberufene **Protestversammlung gegen die Fleischtheuerung** hat einen großartigen Verlauf genommen. An den anderthalbstündigen Vortrag des Kollegen Hartmann, den wir im Beiratsartikel in seinen Hauptgedanken wiedergegeben haben, schloß sich eine lebhaft diskussion. Maschinenbauer Madel wünschte, daß an Stelle von Protestresolutionen und Protestversammlungen große Umzüge veranstaltet werden sollten, um dadurch der Regierung zu zeigen, daß die Arbeiter eine solche Ausbeutungspolitik sich nicht länger gefallen lassen können. Maschinenbauer Dornblüth empfahl dagegen, reyt laut die Stimme des Protestes zu erheben, dann werde man sie schon berücksichtigen. Wenn man dem Arbeiter immer zurief, er solle sich nach der Decke strecken, so solle man diesen guten Rath lieber den Herren Großgrundbesitzern ertheilen, die oft weit über ihre Verhältnisse leben. Der jetzige Landwirtschaftsminister werde sich durch seine „Schweine“politik noch den Beinamen Moses II. erwerben, der ja ebenfalls, freilich aus anderen Gründen, dem Volke den Genuß des Schweinefleisches entzogen habe. Der in der agrarischen Presse gegen die Arbeiterfrauen erhobene Vorwurf, sie könnten nicht lochen, zeuge von unerhörter Leichtfertigkeit. Wo dies nämlich der Fall sei, seien daran nicht die Hausfrauen schuld, sondern die gesammten sozialen Verhältnisse, welche die Familien dazu zwingen, ihre Töchter schon in früher Jugend mitverdienen zu lassen, so daß sie an den häuslichen Arbeiten nicht theilnehmen können. Verbandskollege Carl Schumacher wies zunächst die Ansicht Madels, Straßendemonstrationen vorzunehmen, als den Grundgedanken der Gewerkvereine nicht entsprechend zurück, kritisierte sodann die berühmte gewordene „Festessenrede“ Pöbelskis und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die hohen Preise noch lange anhalten werden. Maschinenbauer Trabert wies darauf hin, daß die Art, wie die Agrarier gerade dem armen Volke das Brod vertheuern, doch wohl einer Bevölkerungsschicht unwürdig sei, deren Angehörige sich mit Vorliebe als die „Edelsten der Nation“, die „Stützen von Thron und Altar“ bezeichnen. Der agrarischen Begehrlichkeit müsse man energisch entgegenreten, und der Ruf der Arbeiter müsse durch ihre Organisationen immer kräftiger erschallen, bis er an der richtigen Stelle erhört wäre. Herr Reichstagsabgeordneter Kopsch kritisierte in scharfer Weise das Verhalten des Landwirtschaftsministers und der Regierung, hat aber keine Hoffnung, daß ein Minister, der die Verbindung der deutschen Flüsse als „Laufekanal“ bezeichnen konnte, sich durch die Klagen gegen Fleischtheuerung „vor den Bauch stoßen lassen werde“. Bei der Brodtheuerung wurden von den Agrariern die Bäcker verantwortlich gemacht, heute sollen die Schlächter schuldig sein. Nun, wenn in diesen Handwerken so viel verdient wird, sollen doch die Agrarier ihre Söhne anstatt Offiziere Bäcker oder Schlächter werden lassen, damit sie dann diesen angeblich so hohen Verdienst selbst einstecken können. Diesen Rath haben jene Herren bis heute noch nicht befolgt. Nach dieser ausgiebigen Diskussion recapitulirte der Referent nochmals in eingehender Weise alle die geäußerten Momente und schloß mit einem warmen Appell, nicht nur die Resolution einmütig anzunehmen, sondern auch an der Ausbreitung der Organisation unablässig mitzuarbeiten. Denn nur wenn wir stark sind, werden wir gehört werden. Reicher Beifall wurde sowohl dem Referenten, wie auch den einzelnen Diskussionsrednern zu Theil. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und hierauf die impulsive Versammlung mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerkvereine geschlossen.

Auch sonst sind übrigens unsere Genossen im Lande auf dem Posten gewesen und haben energische Protestresolutionen gegen die künstlich herbeigeführte Fleischtheuerung angenommen. Namentlich die oberflächlichen Ortsvereine haben in jeder Hinsicht ihre Schuldigkeit gethan. Auch aus Kiel ist uns ein ausführlicher Bericht über eine imposante Protestversammlung zugegangen, in welcher der Abgeordnete Wolgast den einleitenden Vortrag übernommen hatte. Nach eingehender Debatte gelangte eine Resolution zur Annahme, die den Vorstand beauftragte, unverzüglich beim Reichskanzler die Öffnung der Grenzen zu beantragen, und gleichzeitig bei den Stadtkollegen vorstellig zu werden, daß auch sie sich dem Vorgehen vieler Stadtverwaltungen anschließen und ebenfalls die Regierung zur Öffnung der Grenzen veranlassen.

Ferner saßte auch der Generalrath des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter in seiner letzten Sitzung folgende Resolution, welche dem Reichskanzler und dem Landwirtschaftsminister überandt werden soll:

„Die aus dem Mangel an Schlachtvieh entstandene Fleischtheuerung und Fleischnoth hat eine bedeutende Schädigung aller arbeitenden Klassen Deutschlands zur Folge. Diese unbemittelten Volkskreise sind jetzt nicht in der Lage, die zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft so überaus notwendige Fleischnahrung beschaffen zu können. Es entfehrt hieraus die Gefahr, daß die sanitären Verhältnisse der deutschen, arbeitenden Bevölkerung untergraben und deren Leistungsfähigkeit auf industriellem Gebiet auf das Schwerste bedroht werden.“

Der Generalrath des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) als Vertreter von 50 000 deutschen Eisen- und Metallarbeitern richtet daher an die Reichsregierung wiederholt das

Über auch wenn Kämpfe erforderlich waren, immer haben die Gewervereiner mit ihren Kollegen Schulter an Schulter gestanden zur Erreichung ihrer Bestrebungen. Wenn auch auf Seiten der Arbeitgeber diese Grundzüge nicht immer das richtige Verständnis gefunden haben, so sollen die Deutschen Gewervereine in dem gährenden Most der Arbeiterbewegung das flärende Mittel sein; dann werde auch ein klarer Wein erzeugt werden. Es gelte die Bethätigung auf so vielen Gebieten, und erfreulich sei es, daß die Frauen in den Kämpfen um die Erbsen an die Seite des Mannes getreten seien. Zähle doch bereits Bitterfeld in seinem Ortsverein der Frauen 50 Mitglieder. In der Familie allein ist das Fundament des Staates zu suchen. Die Aufgabe der Gewervereine soll es sein, die Familie zu festigen, in dem Familienvater den Vorsteher und Ernährer der Familie zu sehen und die Arbeit der Frau entbehrlich zu machen. Die Einrichtungen der Gewervereine auf dem Gebiete des Unterstützungswesens hätten Nachahmung bei den Staats- und Reichsbehörden gefunden, so bei der Reichskranken- und Invalidenversicherung, ein Zeichen dafür, daß die Gewervereine vorausgearbeitet haben den großen Befehl, die inzwischen für die Gesamtheit der Arbeiter geschaffen seien. Wir deutschen Gewervereiner haben dadurch mitgeholfen an der Kulturentwicklung der letzten 25 Jahre, wir müssen aber auch unentwegt weiter arbeiten, daß die nächsten 25 Jahre den Gewervereinen gehören. — Redner schloß seine Ausführungen unter jubelndem Beifall mit einem Hoch auf den Verband der Deutschen Gewervereine, den festgebenden Ortsverein und den Ortsverein der Schuhmacher und Lederarbeiter, der an demselben Tage ebenfalls 25 Jahre bestand. Das frohe Fest wurde am Abend mit einem fröhlichen Tanzchen beschlossen, das die Kollegen noch viele Stunden in angenehmem Beisammensein vereinigete.

Ferdinand Wegel, Schriftführer.

§ Essen und Umgegend. (Ortsverband.) Die auf Sonntag, 3. September, einberufene Ortsverbandsversammlung war sehr gut besucht, ein Zeichen, daß die Kollegen die Bedeutung der Tagesordnung zu würdigen verstanden. Das Thema lautete: „Unsere Stellung zur Reichstagsnachwahl“. Als Referent war Kollege Erleben, Düsseldorf anwesend. Nach Verlesung der 19 Forderungen, welche wir den 4 Kandidaten unterbreitet hatten, wurden vom Kollegen Erleben die Antwortschriften der Kandidaten vom Gewervereinstandpunkt beleuchtet, wofür ihm lebhafter Beifall spendet wurde. Nach eingehender Diskussion, an der sich viele Kollegen beteiligten, gelangte folgende Resolution gegen 1 Stimme zur Annahme:

„Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsverband Essen, für keinen der aufgestellten Kandidaten offiziell einzutreten, da keiner derselben innerhalb des Rahmens seiner Parteiorganisation die genügende Gewähr für die Durchführung der Forderungen vom Standpunkte der Deutschen Gewervereine aus bietet. Der Ortsverband glaubt gerade vom Arbeiterstandpunkte aus, unter Zurückstellung der parteipolitischen Anschauungen seiner Mitglieder die es einmal zu einem anderen Entschluß nicht kommen zu können, da besonders die konfessionelle Zersplitterung und die Intoleranz im deutschen Parteiwesen es nicht gestattet, eine der beteiligten Parteien als zu fruchtbarer politischer Arbeit fähige Arbeiterpartei unterstützen zu können.“

Unbenommen soll es natürlich jedem Einzelnen bleiben, irgend einem ihm sympathischen Kandidaten seine Stimme zu geben. Auch wurden die Mitglieder aufgefordert, nach bestem Wissen und Gewissen ihre Entscheidung zu treffen und von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde noch beschlossen, eine Resolution an die Stadtverordneten zu senden, welche sich gegen die Fleischversteigerung wendet und die Stadtvertretung um Schritte ersucht, daß die Grenzen für das ausländische Vieh geöffnet werden.

Wilhelm Henke, Ortsverbandsvorsitzender.

§ Görlitz. Der D. V. der Fabrik- und Handarbeiter Görlitz II hielt am 5. August eine außerordentliche Monatsversammlung ab, die lediglich der Agitation dienen sollte, leider aber nicht besonders besucht war. Der Agitationsleiter, Kollege Hergt-Riegnitz, hielt einen Vortrag über: „Die Bedeutung der Organisation bei den heutigen Massenausperrungen der Arbeitgeberorganisationen“ und lieferte den zwingenden Nachweis, daß es für jeden der Organisation noch fernstehenden Arbeitskollegen unbedingt notwendig ist, sich endlich einer Organisation anzuschließen. Obgleich die Unternehmer erst durch die Arbeiter die Bedeutung eines festen Zusammenschlusses kennen gelernt haben, sind sie doch jetzt hinsichtlich der Organisation der Arbeitnehmer weit überlegen und weisen auch ganz geringe und durchaus berechtigende Forderungen der Arbeiter scharf zurück. Selbst bei den unbedeutendsten Veranlassungen scheuen sie sich nicht, große Massen der Arbeiter auszusperrern. Als Beweis ging der Redner näher auf den Bergarbeiterstreik und die Ausperrungen in Bayern und Sachsen ein, um dann die Leistungen des Gewervereins und den Nutzen, den derselbe für seine Mitglieder hat, eingehend zu erörtern. Trotz des verhältnismäßig schwachen Besuchs wird der Vortrag des Kollegen Hergt den gewünschten Erfolg haben, da er auf die meist noch jungen Mitglieder des Ortsvereins in jeder Hinsicht reichlich und aufklärend wirken mußte.

W. Schneider, Schriftführer.

§ Penig. Die vereinigten Ortsvereine von Penig feierten am 19. August das Andenken unseres heimgegangenen Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch durch eine gemeinsame Versammlung. Die Gedächtnisrede hielt Kollege Jungmann, der den Anwesenden ein getreues Bild von dem Leben und Wirken des gefeierten Todten entwarf und die großen Verdienste hervorhob, die sich Dr. Max Hirsch um das Wohl der gesamten deutschen Arbeitererschaft erworben hat. Die Ortsvereine von Penig rufen ihrem verbliebenen Anwalt ein herzlich „Gute Nacht“ in die Ewigkeit nach. Um das Werk des Verstorbenen auch weiter mit Erfolg zu fördern, wurde im Anschluß an die Feier die Gründung eines Diskussionsklubs beschlossen.

Emil Hirsch, Schriftführer.

§ Zettl. Am Sonntag, 20. August, feierte der hiesige Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter sein 25. Stiftungsfest. Nachdem schon am Nachmittag unter zahlreicher Beteiligung auswärtiger Gäste ein festlicher Umzug durch die Stadt stattgefunden hatte, wurde die eigentliche Feier Abends in der Centralhalle abgehalten. Nach der Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden, Kollegen Zittel, wurden dem festgebenden Vereine durch den Vortragenden von befreundeten Ortsvereinen überreicht, worauf als Vertreter des Centralrats Kollege Wohlebe in einem Falle das Wort zur Festrede erhielt. Er übermittelte zunächst die besten Glückwünsche und widmete sodann

unserem verstorbenen Anwalt, der mehr als ein Menschenalter für das Wohl der Arbeiter gewirkt habe, warme Worte der Anerkennung und des Dankes. Dann wandte er sich an die Kollegen Karl Penzel und Paul Stephan, die einzigen noch lebenden Begründer des Ortsvereins, die jetzt noch in alter Treue zu uns stehen und deshalb durch prächtige Ehren diplome ausgezeichnet wurden. Redner wies dann noch auf die Bedeutung unserer Organisation hin, für welche alle Anwesenden weiter mit Energie eintreten sollten. Er schloß mit einem begeisterten Hoch auf die Deutschen Gewervereine und den Jubiläumsverein. Als weitere Redner traten dann noch der Kollege Albin Müller-Hohenmölsen und der Redakteur Lechner-Beisenfels auf, die ebenso wie der Festredner reichen Beifall für ihre Ausführungen ernteten. Ein sühles Ballvergüngen hielt die Festteilnehmer dann noch lange zusammen.

Edo Lorenz, Schriftführer.

Verbands-Zeitung.

Württembergischer Ausbreitungsverband.

Protokoll des 15. ordentlichen Delegiertentages zu Frankfurt a. O., Restaurant Franziskaner, Jüdenstraße.

Die Sitzung wurde um 11 Uhr vom Vorsitzenden Bierhub-Fork eröffnet. Er gedachte des verstorbenen Verbandsanwalts Dr. M. Hirsch, dem zu Ehren sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben.

Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 26 Delegierten. Vom Centralrat war Kollege Reusiedl-Berlin, vom Generatrat der Stuhlarbeiter Kollege Gabel-Spremberg erschienen.

Den Tätigkeitsbericht 1904/05 erstattet Kollege Bierhub-Fork. Sitzungen fanden 13 ordentliche und 2 außerordentliche statt. Die Korrespondenz betrug an Ausgängen 115 Briefe und Karten, 230 Circulars, 32 Anschriften, in Summa 377, die Eingänge 80 Briefe und Karten. An 7 Orten wurde erfolglos agitiert. Begründet wurden 4 Vereine. Dem Verband gehören 26 Vereine mit 1835 Mitgliedern an, gegen 6 Vereine mit 620 Mitgliedern im vorigen Jahre. Der Bericht wurde beifällig aufgenommen. Kasienbericht 1904/05 erstattet Menzel-Fork. Die Einnahme beträgt 260,95 M., die Ausgabe 177,44 M., bleibt Bestand 83,51 M. Dem Kassier wurde Decharge erteilt. Kollege Klieemann-Mallmij hielt darauf einen Vortrag über Agitation. Er erklärte, daß die Gewervereine zu sehr aufmerksamer Rat der Krankenkassen geschenkt hätten, während die Arbeitsverbesserungen zu sehr in den Hintergrund gestellt wurden. Er empfahl Beitragsverbesserung, namentlich der kleineren Gewervereine. Die Agitation muß energischer betrieben werden, auch müssen mehr Beamte angestellt werden. Kollege Gabel-Berlin erörterte die Preßfrage mit besonderer Berücksichtigung der Württembergischen Volkszeitung. Er schilderte, daß die sozialdemokratischen Organisationen nur dadurch so gewachsen sind, weil sie sich der Presse bemächtigt hätten. Auch die Gewervereine müssen sich mehr auf die Presse zu stützen suchen. Unter allen Umständen müsse für unseren Bezirk die „Württembergische Volkszeitung“ erhalten werden. Beide Vorträge wurden beifällig aufgenommen. Am 17. September soll in Göttingen eine Konferenz betreffs der Zeitung abgehalten werden. Der Antrag Klieemann-Mallmij, die Beiträge von 5 auf 10 Pfg. pro Vierteljahr zu erhöhen, wurde dahin angenommen, bis 1. Oktober eine allgemeine Mitgliederabstimmung herbeizuführen. Der Antrag desselben, den Delegiertentag alle 2 Jahre einzuberufen, wurde abgelehnt, dagegen der Antrag, halbjährlich Konferenzen mit den auswärtigen Ausschussmitgliedern am Vorort abzuhalten, angenommen. Der Antrag der Stuhlarbeiter Kottbus: Ein Delegierter kann bis 8 Stimmen auf sich vereinigen, wurde angenommen, ebenso der Antrag Menzel-Fork, daß ein Verein der Mitgliedschaft verlustig geht, wenn derselbe länger als 6 Monate mit den Beiträgen im Rückstand ist. Der Vorstand soll für seine Mithaltung entschädigt werden, und zwar der Vorsitzende mit 2 Pct., der Schrift- und Kassierführer mit je 4 Pct. der Einnahme. Dieser Beschluß soll rückwirkende Kraft auf ein Jahr haben. Zum Vorort wurde Spremberg gewählt, zum Vorsitzenden W. Reugebauer, zum Schriftführer Keller, zum Kassier W. Frost-Spremberg. Der Delegiertentag 1906 soll in Bietkau abgehalten werden. Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Sächsischer Ausbreitungsverband.

Vorstandssitzung vom 19. August 1905. Anwesend waren sämtliche Vorstandsmitglieder außer Koll. Anders, der entschuldigt fehlte.

Der Vorsitzende Klausch eröffnete die Sitzung um 9 Uhr Abends. Nach der Verlesung der Protokolle gab der Kassier den Kasienbericht bekannt. Daraus ging hervor, daß der Mitgliederbestand 1459, der Kasienbestand 46,36 M. beträgt. Es wurden 2 Revisoren gewählt, und zwar die Koll. Schnabel und Spilger.

Vom D. V. der Stuhlarbeiter Reichen wurde ein Bestreder zum 10. Stiftungsfest am 10. Sept. verlangt. Zu diesem wurden die Kollegen Gombach-Rohwein und Kiebel-Höbeln vorgeschlagen. Ferner war eine Karte vom Koll. Gollmann-Leipzig eingegangen, welche vom engeren Ausfluß schon erledigt war. Als nächster Punkt stand die Preßangelegenheit auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende gab bekannt, daß das „Sächsische Wochenblatt“ eingegangen ist und wir genötigt sind, nun eine eigene Zeitung zu gründen. Hierüber entspann sich eine längere Debatte, nach welcher beschlossen wurde, daß zwei Rundschreiben in Form einer Zeitung verfaßt werden sollen, um dieselben später, vom 1. Oktober, als Zeitung erscheinen zu lassen. Auch wurde beschlossen, daß sämtliche eingegangenen Artikel darin veröffentlicht werden sollen. Hierauf wurden für die noch nicht besetzten Bezirke Vertrauensmänner gewählt und der Schriftführer beauftragt, an die ernannten Kollegen zu schreiben, betreffs Annahme der Wahl. Ein Antrag, an den Centralrat zu schreiben, betreffs Annahme der Wahl, wurde angenommen. Die Ausführung wurde dem engeren Vorstand übertragen. Sodann wurde über die Abhaltung eines volkswirtschaftlichen Kuriums während der Weihnachtszeit diskutiert und zwei Mitglieder des Vorstandes beauftragt, diese Sache in die Wege zu leiten. Wenn der Landtag wieder zusammentritt, soll an die Ständekammern herangetreten werden, um die Centralisierung der paritätischen Arbeitsnachweise zu betreiben und die Zulassung von Arbeiterschiedsrichtern zu ermöglichen. Nachdem sodann noch Kollege Spilger zu regerem Besuch des Bureaus ermahnt hatte, wurde nach Regelung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten die Sitzung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

M. Wilsch, Schriftführer.

bringende Ursachen, für eine Besserung des jetzt bestehenden und für die Dauer unbillbaren Zustandes mit Entschiedenheit einzutreten und die Grenzsperrre gegen die Einföhrung von Schlachtvieh aufzuheben. Einer etwa drohenden Seuchengefahr kann mit wenig Mühe und Kosten durch geeignete Kontrollmaßnahmen begegnet werden."

Die eigenartige Briefaffäre, die sich im Wahlkampfe um das Essener Reichstagsmandat zugetragen hat, ist endlich aufgeklärt worden. Der Brief des Herrn Dr. Kay war ungenau nur an Herrn Heinrich Jakobs in Essen adressirt. Nun giebt es aber zufälligerweise außer unserem Verbandskollegen dieses Namens in Essen noch einen Lehrer Heinrich Jakobs, und diesem lieferte die Post den gar nicht für ihn bestimmten Brief aus. Schnellig fertigte der Herr eine Abschrift an, die er den Christlich-Sozialen zur Verfügung stellte, für diese natürlich ein gesundes Pressen.

Bei dieser Gelegenheit verweisen wir gleichzeitig auf den in dieser Nummer veröffentlichten Versammlungsbericht aus Essen. Mancher Kollege wird dabei an das Wort denken: Viel Geschrei und wenig Wolle.

Arbeiterbewegung. Nach dreimonatigem Kampfe ist der Streik im Baugewerbe zu Rheinland und Westfalen am 1. September beendet worden. Die Arbeitszeit wurde für das ganze Gebiet einheitlich auf 10 Stunden festgesetzt. Der Lohn beträgt 44-55 Pfg. pro Stunde und ist für die beteiligten Ortschaften — über 200 — je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen abgestuft. Der Arbeitsvertrag hat Gültigkeit bis zum 30. April 1908. — Während die Lohnbewegung der rheinisch-westfälischen Bauarbeiter glücklich beigelegt ist, spitzt sich der Lohnkampf der Holzarbeiter in Köln immer mehr zu. Wie in einer Versammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen bekannt gegeben wurde, ist bereits über 80 Betriebe die Sperre verhängt worden. Die Arbeitgeber haben sich, in der Hoffnung auf sicheren Sieg durch Solawechsel im Betrage von insgesamt mehreren 100 000 M. zum Ausbarken verpflichtet. Wie bereits erwähnt, beteiligen sich die christlichen Holzarbeiterverbände nicht an der Bewegung. Diese haben an 400 Zahlstellen die Aufforderung gerichtet, sofort arbeitswillige Tischlergesellen nach Köln zu entsenden. Dadurch mag das Siegesbewußtsein der Arbeitgeber eine gewisse Berechtigung gewonnen haben. — Die Aussperrung im Holzgewerbe zu Düsseldorf dauert noch unverändert fort. Alle Versuche der Arbeitgeber, die Aussperrten unankelmützig zu machen, hatten keinen Erfolg; desgleichen sind alle Einigungsversuche gescheitert. Der Streik währt nun bereits 10 Wochen. — Zum Holzarbeiterstreik in Firth ist zu erwähnen, daß in den Bauhilfsvereinen eine Einigung erzielt ist. Vom 3. September wird die 54stündige Arbeitswoche eingeführt, auch wurden einige andere Forderungen bewilligt. In den Möbel- und Spiegelrahmenfabriken dauert dagegen der Streik unverändert fort. — Ein neuer, umfangreicher Kampf ist in der Metallindustrie zu Dresden ausgebrochen. In der Nähmaschinenfabrik von Seidel & Naumann streikten vier Schleifer, weil ihnen für eine bestimmte Arbeit ein Abzug von 2 Pfg. gemacht wurde. Nunmehr griff man zu dem sehr bekannten Mittel der Schließung des ganzen Betriebes, wodurch 2500 Arbeiter zu unfreiwilliger Ruhe gezwungen wurden. — Der Streik der Handschuhmacher in Halberstadt wird sehr ernst. Die Fabrikanten lehnen jede Verhandlung mit der Streikleitung ab, wodurch der Kampf um einen höheren Lohn sich zu einer Wachtprobe zugespitzt hat. Der Handschuhmacherverband hat bereits einen Extrabeitrag von wöchentlich 20 Pfg. ausgeschrieben. Die Zahl der Ausständigen ist auf 500 gestiegen. Arbeitswillige sind am Orte nicht vorhanden. — Die Lederfärber und Zurichter in Halberstadt haben ebenfalls als eine Folge des Handschuhmacherstreiks die Arbeit niedergelegt und eine neue Lohnliste den Fabrikanten eingereicht. Die Lederfärber fordern einen Wochenlohn von 21 M., die Zurichter eine Erhöhung des Affordpreises für Schmäcken von 1,50 M. auf 2 M. und für Lammelle von 3 M. auf 4 M. Die Fabrikanten lehnten auch hierbei die Forderungen ab. Es stehen 115 Arbeiter im Streik. — Zu dem Streik der Schnohschuhmacher in Neumarkt (Schlesien) ist zu berichten, daß die Schuhmachervereinigung den Tarif der Gesellen zwar anerkannte, die Durchführung desselben aber jedem einzelnen Arbeitgeber überließ. Es werden daher noch Verhandlungen mit verschiedenen Meistern gepflogen. — Weil aussichtslos geworden, mußte der Kampf der Weißgerber in Kirchhain nach 18wöchentlicher Dauer abgebrochen werden. Das Hauptziel war lediglich die Erringung des Zehnhunderttages.

Wieder den Sanft jugendlicher Arbeiter und die Bekämpfung der Schwindsucht veröffentlicht Dr. Friede in dem „Reformblatt für Arbeiterversicherung“ eine lehrreiche Abhandlung. Er legt dar, mit welchen ungeheuren Mitteln und gleich großem Aufwand von sozialer Fürsorge man heutzutage bestraft, die Opfer unserer verberlichstesten Krankheit, der Lungen- und Tuberkulose, ihrem Schicksal zu entreißen. Die Lungenheilstätten, so trefflich sie im Einzelnen wirken mögen, bedeuten nach Ansicht des Verfassers für die große Mehrzahl der Erkrankten aber nur eine Etappe auf ihrem ganzen Lebenswege. Sobald der kranke Arbeiter seine Arbeit wieder aufnimmt und in seine ungunstigen Verhältnisse zurückkehrt, dauert es nicht lange und die alten Beschwerden melden sich wieder. Das Ende vom Liede ist die Invalidenrente, und ein großer Aufwand ist nutzlos verthan. Auch bei dem stärksten Zureden wird sich nur selten einer der ge-

heilten Lungenkranken bewegen lassen, auf die Fabrik zu verzichten und eine weniger lohnende, aber gesündere Beschäftigung zu ergreifen. Der Verfasser verlangt daher, daß mit Hilfe des § 139 der Gewerbeordnung diese Personen gezwungen werden, die mit besonderer Gefahr für die Gesundheit verbundenen Betriebe zu meiden. Auch wäre es angebracht, wenn besonders die jugendlichen Personen, die in der Textilindustrie Beschäftigung finden wollen, vor ihrem Eintritt in die Fabrik ärztlich untersucht werden sollen.

Gewerkevereins = Theil.

§ Berlin. Der D. B. der Fabrik- und Handarbeiter VII (Brauerer-Hilfsarbeiter) hielt am Donnerstag, 17. August, seine 8. Mitgliederversammlung ab. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden Springer wurde zunächst für den bisherigen Schriftführer Steinborn, dessen Frau erkrankt ist, Kollege Heider zum Stellvertreter gewählt. Die Tagesordnung lautete: 1. Protokolle, 2. Vortrag des Kollegen Muckraß über Arbeiterauschüsse, 3. Vereinsangelegenheiten, 4. Verschiedenes. Nach Verlesung des Vereins- und der Generalratsprotokolle bemerkte Kollege Muckraß, daß es ihm fern gelegen habe, über den früheren Agitationsleiter Brede etwas Nachtheiliges an den Generalrat zu berichten, sondern daß er sich mit diesem Kollegen solidarisch erklärt. Darauf erhielt Kollege Muckraß das Wort zu seinem Vortrage. Er begann damit, daß schon am Anfang der vorigen Jahre unter den Arbeitern der Wunsch nach Kollegen geltend gemacht wurde, welche die allgemeinen Interessen vertreten sollten. Später wurden dann ausdrücklich Arbeiterauschüsse verlangt. Leider sind noch lange nicht alle Arbeitgeber von dem Werth dieser Einrichtung überzeugt, am allerwenigsten die Grundbarone. Der Referent schilderte dann die Aufgaben, welche ein Arbeiterauschuss zu erledigen hat, daß er nicht nur bei Lohnunterschieden, Streitigkeiten über die Arbeitszeit und dergl. eingreifen habe, sondern auch die Schutzvorrichtungen zur Verhütung von Unfällen überwachen müsse. Hätten sich doch allein in der Brauerer- und Mälzerberufsgenossenschaft im Jahre 1904 5604 Unfälle ereignet, von denen 234 tödtlich verliefen. Drei Anforderungen müßten aber die Ausschussmitglieder erfüllen. Sie müssen über eine gewisse Rebegewandtheit verfügen; sie müssen organisiert sein und, wenn mehrere Organisationen im Betriebe vorhanden sind, so müssen sie ihrem Stärkeverhältnis entsprechend im Ausschuss vertreten sein, und vor allen Dingen müssen sie unparteiisch sein, namentlich dort, wo sie über Unterstufungsangelegenheiten zu entscheiden haben. Im Anschluß an den Vortrag fand eine rege Diskussion statt, in welcher u. a. auch die Arbeitsverhältnisse in der Schultze-Brauerei, Abth. II, und das unkollegiale Verhalten der dem Zentralverband angehörigen Arbeitskollegen zur Sprache kam. Im Schlußwort fand dadurch der Kollege Muckraß Gelegenheit, einige Punkte seines Vortrages noch eingehender zu erläutern. Uebrigens wurde zum nächsten Punkt der Tagesordnung wurde dann eine Einladung zu einem Vortrag über den Regionalverband besprochen und angenommen. Kollege Muckraß empfahl den Eintritt zum Regionalverband auf das Wärmste, worauf der Vorsitzende unter Dankesworten die gutbesuchte Versammlung am 12 Uhr schloß.

W. Springer.

§ Bitterfeld. Eine herrliche Feier beging am Sonntag, 20. August, der hiesige Ortsverein der Deutschen Töpfer, Ziegler u. a. Arbeiter. Zahlreich hatten sich trotz des schlechten Wetters die Kollegen mit ihren Familien eingefunden, um das 25. Stiftungsfest zu feiern. Zuerst ergriff der Generalsekretär des Zubervereins, Kollege Lange-Bitterfeld, das Wort, um einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Vereins zu geben. Nur wenige von den Begründern seien noch am Leben. Drei von ihnen, die Kollegen Rothenstein, Pehold und Scholz gehören dem Verein an. Auch dem Andenken des verewigten Anwalts Dr. Max Hirsch widmete Redner warme Worte des Dankes dafür, daß er sein reiches Wissen und seine ganze Kraft in den Dienst der Arbeiterfrage gestellt habe. An diese Rede schloß sich ein von Fräulein Lange vorgetragen, der Feier angepaßter Prolog, worauf der Verbandsredakteur Goldschmidt das Wort zur Festrede nahm. Er führte ungefähr folgendes aus: Wenn schon im Leben eines Menschen, insbesondere eines solchen, der sich um das tägliche Brod plagen muß, 25 Jahre eine lange Zeit sind, so bedeutet diese Frist noch mehr für eine Vereinigung von Arbeitern, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung herbeizuführen. Wenn dann ein Verein aus kleinen Anfängen heraus solchen Bestrebungen 25 Jahre dient und seine Mitglieder zusammenschulden versteht, dann muß sein Zweck ein guter sein. Redner ging sodann auf die Geschichte der Gewerkevereinsbewegung in Bitterfeld ein, wobei er auch daran erinnerte, daß unser Dr. Max Hirsch, der Bahndröcker der deutschen Arbeiterbewegung, mit dieser Gegend eng verwachsen sei, da er von diesem Wahlkreis im Jahre 1890 in das Parlament entsandt worden sei und sich auch sonst gern hier aufgehalten habe. Weiter gedachte er der harten Zeiten, welche ganz besonders der Gewerkeverein der Töpfer durchzumachen hatte, als den freien Hilfskassen durch die staatlichen Krankenkassenwangsorganisationen Konkurrenz geboten wurde und es vieler Arbeit bedurfte, ehe die Statuten der freien Kassen der gesetzlichen Form genügen. So waren bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden, bevor das Statut der Töpfer Anerkennung fand. Hierbei zeigte sich aber wieder glänzend der genossenschaftliche Geist bei den Berufsvereinen. War es doch der Gewerkeverein der graphischen Berufe, dessen Statut als eines der ersten die staatliche Genehmigung fand, der die Töpfer in seine Hilfskasse aufnahm, bis für diese alle Klippen überwunden waren.

Die Arbeit in den letzten 25 Jahren zur Erreichung der hohen idealen Zwecke, die das Herz eines jeden Gewerkevereiners erfüllen müßten, sei keine vergebliche gewesen, und wenn das Ziel auch noch in weitem Felde liege, müsse unentwegt weiter getämpft werden, um es zu erreichen. Auf den Föhnen der Gewerkevereine stehe die Verbesserung des Arbeitsverhältnisses, Erreichung angemessener Löhne, da die fortschreitende Kultur auch an die Lebensbedürfnisse des Arbeiters höhere, ständig steigende Ansprüche stelle, Gewährung einer entsprechenden Arbeitszeit und bessere Behandlung der Arbeiter; denn auch diese hätten Anspruch, daß sie als freie Männer der Arbeit unter anderen Bürgern als freie Bürger angesehen werden. Diese Ziele sollen auf dem Wege gütlichen Vorgehens zu erreichen gesucht werden.

Protokoll der zehnten Vorstandssitzung des Rhein.-Westf. Ausbreitungsverbandes der Deutschen Gewerkschaften, am Sonntag, den 19. August 1905, Abends 8 Uhr, im Konferenzzimmer des Arbeiterssekretariats.

Anwesend sind Ziegler, Heinen, Marbus, Kange, Moritz und Grüßen sowie der Arbeiterssekretär Erkelens. Eingang wird festgestellt, daß Kollege Ziegler vorläufig das Amt als 1. Vorsitzender des Ausbreitungsverbandes beibehält, so lange ihm seine Bezirksbeamtenhätigkeit dies nicht unmöglich macht.

Der Generalrat des Gewerkschaftsverbandes der Textilarbeiter will im Oktober eine Agitationstour in Rheinland und Westfalen veranstalten. Der Vorstand schlägt vor, in Kreisfeld bei dieser Gelegenheit eine kombinierte Sitzung mit dortigen Kollegen abzuhalten, in der dortigen Umgegend auch noch mehrere Versammlungen abzuhalten, sowie auch in Düsseldorf eine Versammlung stattfinden zu lassen. Letzteres soll dem Ortsverband Düsseldorf überwiesen werden. Sodann findet eine längere Aussprache über die Kampfweise der christlichen Gewerkschaften in Rheinland und Westfalen statt. In Bezug auf die Anstellung des Kollegen Hallenberg als Kassierer haben die auswärtigen Ausschußmitglieder einstimmig zugestimmt. Auf Antrag Hallenbergs wird die Anschaffung einer Reagenzmaschine beschlossen. Ein Antrag des Verlegers der „Rheinischen Nachrichten“ in Ehrenfeld, betreffs eines größeren Darlehns, muß abgelehnt werden, da die Mittel des Zeitungsfonds nur für das eigene Unternehmen des Verbandes Verwendung finden können. Das Bureau wird beauftragt, sich nach geeigneten Räumlichkeiten für die Druckerei umzusehen sowie Listen für Abonnentenansammlungen auszugeben, um Material für den Delegiertenkongress zu beschaffen. Die Drucklegung des Referats vom Delegiertenkongress über Gewerkschaften und Politik nach der vorliegenden Offerte wird beschlossen. Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr.

Grüßen, Schriftführer.

Protokoll der Sitzung des 19. Bezirks des Rhein.-Westf. Ausbreitungsverbandes vom 27. August zu Witten. Die Sitzung, welche um 3 Uhr anberaumt war, konnte erst 4 1/2 Uhr eröffnet werden, weil der Einrufer, Kollege Jürgens, Bochum, und auch der Referent, Kollege Stegmann, nicht zur Stelle waren. Das Bureau bestand aus Raschewski-Witten, Knorr-Bochum und Reif-Hattingen. Vertreten waren die Ortsvereine Bochum (Maschinenbauer I und Tischler), Obermengen (Vergarbeiter) und die Ortsvereine der Maschinenbauer Witten, Blankenstein, Dahlhausen, Welper und Hattingen. An Stelle des Referenten Stegmann sprach Kollege Thomas über die Aufgaben der Deutschen Gewerkschaften und wie erfüllen wir dieselben? Redner verurteilte die Interesslosigkeit und ging dann näher auf die Arbeiterbewegung ein. Auch stellte er uns die englischen Gewerkschaften als Muster dar. Ferner streifte er das Vorgehen der Kollegen in Essen bei der Reichstagsnachwahl und die Kämpfe der Organisationen unter sich. Er ermahnte Alle auf dem Posten zu sein, denn Einigkeit macht stark. Die Diskussion war lebhaft und beteiligten sich die Kollegen Raschewski, Feldfort, Jürgens und Bongers. Zum Schluß wies Kollege Thomas auf das beste Mittel der Agitation, die Presse, hin. Als auswärtiges Ausschußmitglied wurde dann Kollege Jürgens wiedergewählt. Nachdem man noch einige innere Angelegenheiten besprochen hatte, wurde die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf die Deutschen Gewerkschaften geschlossen. Johann Reif, Schriftführer, Hattingen, Bruchst.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstr. 221/228. Mittwoch, d. 13. Sept. Vortrag des Kollegen Gleichauf: „Die Gewerkschaften und ihre Stellung zur Politik“. — Sängerkorps der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.).

Jeden Donnerstag, Abends 9-11 Uhr, Nebungstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 9. September. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Ab. 8 1/2 Uhr, Niebig's Aeffale (unterer Saal), Ackerstr. 6-7. Monatsbericht. Vortrag des Verbandskassiers Herrn R. Klein. — Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Ab. 8 1/2 Uhr, Archstr. 36a. Unterhaltungsabend. Monatsbericht. Bericht von der kombinierten Ausschußsitzung. Verschiedenes. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter III. Ab. 8 1/2 Uhr bei Gohlke, Bunsenstr. 22. Vortrag des diplom. Ingenieurs Herrn Kintelsstein über: Modernes Beleuchtungswesen. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. Ab. 8 1/2 Uhr bei Schubert, Stettinerstr. 50a, Berl. mit Damen. Monatsbericht. Fibelias. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XI. Ab. 8 1/2 Uhr bei Kluge, Bismarckstr. 58. L.-D. das. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Ab. 8 1/2 Uhr, Triftstr. 41. Protokoll, Abschluß u. Verschiedenes. — Klempner u. Metallarbeiter II. Ab. 8 1/2 Uhr, Kaitanien-Allee 23, Vortrag mit Damen. — Klempner und Metallarbeiter V. Ab. 9 Uhr bei Schwab, Klinkenstr. 72. — Graphische Verufe und Maler I. Ab. 8 1/2 Uhr, Neue Grünstr. 28. L.-D.: Vortrag des Herrn Emil Schröder über Rußland: Land- und Leute. Nachdem mußf. Unterhaltung und Liedergruppen. Damen und Gäste willkommen. — Friedrichsberg. Maschinenbau- u. Metallarb. Sonnabend, 9. September, Ab. 8 1/2 Uhr bei Bischof, Frankfurter Allee 165. L.-D.: 1. Monatsbericht. 2. Vortrag des Herrn E. Lemm: Ueber Ziele und Bestrebungen der Deutschen Gewerkschaften. 3. Verschiedenes. — Ritzdorf. Klempner u. Metallarbeiter. Sonnabend, 9. September, im Vereinslokal Gröpler, Bergstr. 147. — Magdeburg. Graph. Verufe und Maler. Sonnabend, 9. September, Ab. 8 1/2 Uhr außerordentl. Gewerkschaftsversammlung im Vereinslokal „Bier-Jahreszeiten“. — Halle a. S. Graph. Verufe u. Maler. Sonnabend, 16. September, Ab. 8 1/2 Uhr Monatsvers. im Passage-Restaurant.

Cris- und Medizinerverbände.

Dortmund (Ortsverband). Sonntag, 10. September, Nachm. 4 Uhr Ortsverbands-Vers. in Hörde, Lokal Westfälischer Hof. — Rhein.-Westf. Ausbreitungsverband (Bezirk M. Gladbach) Sonntag, 10. September, Vorm. 11 Uhr bei Vollersdorf in Gladbach, Kreisfeldstr. — Beck und Hungen (Ortsverband). Sonntag, 17. September, Nachmittags 3 Uhr gemeinsame Vertreteritzung der Ortsverbände Beck und Duisburg bei Birich Schrauben in Vaar, Kaiserstraße. — Schwerte (Ortsverband). Sonntag, 17. September, Ab. 6 Uhr Ortsverbands-Vers. in Schwerte beim Birich Jungesblut, am Markt. Vortrag des Kollegen Kricke-Eiberfeld über die Zeitungszfrage.

Vendungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Dortmund (Ortsverband). Wilhelm Westermann, Vorsitzender, Nordstr. 37. — Essen-West (Ortsverband). Fried. Engemann, Schriftführer, Essen-West, Ardenholstr. 16. — Herne i. Westf. (Ortsverband). August Schubert, 1. Vorsitzender, Herne, Altdörfenerstr. 22. Ernst Kottkamp, Kassier, Herne, Rottbrühlstr. 11. Joseph Kämpfer, Revisor, Herne, Galbenstr. 30. — Potsdam b. Treiburg i. Schlef. (Ortsverband). Hermann Jäschke, Vorsitzender, Zirkau bei Treiburg i. Schlef., Einberggasse. — Heideberg (Vigarren- und Tabakarbeiter). Hauptbureau: Kademburgerstraße 10. — Jels (Ortsverband). Carl Schüler, Vorsitzender, Kaiser Wilhelmstraße 29.

Anzeigen=Zheil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Märkisches Volksblatt

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Cottbus). Sonntag, 24. September 1905, Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Breslauer Rathauskeller“, Dresdener Straße

Außerordentliche Generalversammlung.

L.-D.: 1. Auflösung der Genossenschaft. — 2. Wahl der Liquidatoren.

Märkisches Volksblatt

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).

Otto Leeske. B. Kaede.

Vereinigte Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlins und Umgegend.

Allgemeine Mitglieder-Versammlung

am 17. September 1905, Vorm. 9 Uhr, im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/223.

L.-D.: 1. Festsetzung des Vorkaufschlags bis auf Weiteres für alle Ortsvereine einheitlich. 2. Zahlung von 75% der Einnahme an die Kombinierten. 3. Festsetzung der Beitragshöhe für Ortsvereine unter 100 Mitgliedern. 4. Beschlußfassung über neu eintretende Ortsvereine.

Referent: Kollege Ed. Jordan.

Der Vorstand.

J. A. P. Irrgang, Vorsitzender.

Schwarzwalbau i. Schl. (Ortsverband). Durchreisende Verbands-genossen erhalten Besprechung- und Herbergskarten bei Fr. Wagner, Schwarzwalbau Nr. 52.

Weißensei (Ortsverband d. Gewerkschaft). Durchreisende Kollegen erhalten in der Herberge zur Heimath Abend-brod, Schlafen und Frühstück. Karten hierzu sind b. Kollegen Ernst Bischof, Leipzigstr. 28, abzuholen.

Der Gewerksverein

Jahrgang 1904

auf seinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken

... 3,50, sonst 6 Mark ...

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Verbandsbureau:

Berlin N.O.,

Greifswalderstraße 221/223.

Geldsendungen

nur an Verbandskassier

R. Klein,

Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.